

Margit Rodrian-Pfennig

Die freiheitliche demokratische Grundordnung vor ihren Freunden retten!

Replik auf Armin Scherb in Politisches Lernen 1-2.2023 zu
Julika Bürgins Studie „Extremismusprävention“ (2021)

Ist Armin Scherbs Rezensionssessay *„Müssen freie Träger politischer Bildung auf dem Boden des Grundgesetzes stehen?“* (Politisches Lernen 1-2.2023, S. 70 f.) ein schlichtes Plädoyer für die „Extremismusklausel“, das Extremismuskonzept des Verfassungsschutzes und die Idee (besser: Ideologie) von „wehrhafter Demokratie“? Sie liest sich so, denn die inhaltlichen Wiedergaben samt der Seitenverweise treffen nicht die Analyse und Argumentation Julika Bürgins. Über den Gegenstand der Studie – Herkunft und Konsistenz des E-Konzepts, seine inhaltliche Verflechtung mit den vom Bund aufgelegten Modellprojekten zur Extremismusprävention, verwaltungsrechtlichen Urteilen zur Aberkennung von Gemeinnützigkeit oder Neutralitätsgeboten und ihre Auswirkungen auf freie Träger politischer Bildung – erfährt man sehr wenig.

Um es vorwegzunehmen, Scherbs Verriss der Studie und seine im Wortsinn in die Irre führende Kritik bestätigt die These Julika Bürgins, dass es bei der Extremismusdebatte um mehr geht als Inhaltssetzungen in der politischen Bildung oder Strukturveränderungen staatlicher Förderpolitik. Sein Fokus ist auf eine nicht weiter zu hinterfragende „Praxis (gerichtet), [...] Verfassungskonformität als Kriterium für die Förderwürdigkeit von freien Trägern politischer Bildung“ (S. 70) heranzuziehen. Doch dieses konstatierte Problem ist in der vorliegenden Rezension gleich aus mehreren Gründen nur unzureichend verankert: Es stützt sich (mindestens implizit) auf die „Extremismusklausel“ als offiziellem Teil dessen, was Julika Bürgin kritisch zusammenfassend als „Politik der Demokratiebildung“ bezeichnet – obwohl diese Klausel und die damit verbundene Prüfpraxis seit 2014 keine Geltung mehr hat und damit auch nicht im Zentrum der Analyse Bürgins steht. Ob

sie künftig zur Disposition steht, kann mit Blick auf die bisherige Fassung des geplanten „Demokratiefördergesetzes“ und auf ein entsprechendes Gutachten der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags (Georgii 2011) bezweifelt, aber nicht ausgeschlossen werden. Dieses Gutachten stützt seine Skepsis bezüglich der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit der Extremismusklausel insbesondere auf Artikel 5 GG, die Garantie der Meinungsfreiheit.

Mit Artikel 5 GG sucht Scherb Julika Bürgins Analyse des Extremismuskonzepts zu entkräften: Sie unterstelle, dass die vom Bundesverfassungsgericht benannten „Definitionsbestandteile der freiheitlich demokratischen Grundordnung ein ‚bestimmtes‘ Demokratiemodell“ (S. 70) statuierten. Doch Bürgin spricht an keiner der genannten Textstellen von der fdGO, sondern analysiert die Demokratievorstellung und deren Herleitung, die dem E-Konzept zugrunde liegt. Nun obliegt es nicht dem Bundesverfassungsgericht, das Grundgesetz zu *definieren*. Auch die im historischen Verlauf zur Buchstabenfloskel „fdGO“ verkommene Aufzählung dessen, was „mindestens“ (BVerfG 1952) zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehöre, ist keine *Definition*, sondern eine Auslegung. Dass sie institutionell als „Legalitätsformel“ nutzbar ist – und von Scherb offensichtlich so verstanden wird, was gleichzeitig ein Licht auf sein Demokratieverständnis wirft –, wurde und wird bis heute verfassungsrechtlich kritisiert, zudem gibt es inzwischen eine Reihe anderer Auslegungen und Rahmungen. Das von Scherb zitierte „Lüth-Urteil“, in dem die freie Meinungsäußerung als „schlechthin konstituierend“ (BVerfG 1958) für eine demokratische rechtsstaatliche Ordnung charakterisiert wird, versteht das Grundrecht auf Meinungsfreiheit

selbst als konstitutiv, nicht irgendeinen „Schutz“ irgendwelcher Substanz von Definitionen, wie Scherb meint. Mit anderen Worten: Die Grundrechte schützen vor einem übermächtigen Staat! Ihre Garantie ist Kern, aber auch Stachel liberaler Demokratien.

Solche Selbstwidersprüche und bewusste oder unbewusste Fehldeutungen in Scherbs Argumentation finden sich mehrfach, vor allem dort, wo neben der fdGO die „wehrhafte“ oder „streitbare“ Demokratie beschworen wird. Beispielsweise verwende Julika Bürgin „permanent den Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne eines affirmativen Status-Quo-Konzepts [...], das eine ‚Stillstellung des Politischen‘ nach sich zöge“ (S. 70). Nein, solche Aussagen macht sie nicht, weder an den von Scherb genannten noch an anderen Stellen. Sie kritisiert das in Modellprojekte hineingeschriebene Ziel des Antixtremismus bzw. setzt sich (mit Hans Kelsen und Ingeborg Maus) rechts- und verfassungstheoretisch fundiert mit der Form moderner Demokratie auseinander.

Bürgins verfassungsrechtliche und demokratietheoretische Analyse der Unterkomplexität zichtigend, belehrt Scherb die Leser*innen mit einem historischen Exkurs zur „Legalitätstaktik“ der Nazis und zum „Paradoxon des Demokratieschutzes“ streitbarer oder „wehrhafter Demokratie“, die er dem Grundgesetz bzw. der fdGO anbehauptet. Als Zeuge für das Bewusstsein eines daraus offenbar resultierenden moralischen Dilemmas zitiert er Herrmann Jahrreiß, Nazi-Jurist und Verteidiger in den Nürnberger Prozessen. Gegen Bürgin sucht Scherb das so zählbeige wie falsche Narrativ zu verteidigen, es sei die angebliche Schwäche der Weimarer Verfassung gewesen, genauer der Rechtspositivismus, die dem Nationalsozialismus zur Machtübernahme verholfen habe. Doch das ist Nazi-Legende, die den mehrfachen Verfassungsbruch übertünchen soll. Beleg hierfür ist ihm eine propagandistische Äußerung Josef Goebbels. Aus diesem Zitat (S. 70) spricht die Staatsrechtsauffassung von Carl Schmitt.

Scherb setzt den differenzierten und komplexen Diskussionsinhalten Bürgins zusammenhanglos einen eigenen, die fdGO, gegenüber. Argumentationsstrategisch muss er dafür mit Verfälschungen und Fake-Konstruktionen arbeiten. Spricht Bürgin vom Extremismuskonzept, macht Scherb daraus die fdGO, spricht sie vom Antixtremismus, wird auch daraus die fdGO. Oder liegt dieser Strategie ein „Fehlkonzept“ zugrunde, wie es Scherb (2022) Kritiker*innen des E-Konzeptes an anderer Stelle vorwirft?

Auch dort nimmt er (neben anderen) Bezug auf Julika Bürgins Studie. Die Rezension selbst ist ein mehr oder weniger wortgetreuer Auszug dortiger Passagen. Thema und Kontext – Extremismusprävention – machen seine Argumentationslinie deutlicher: Die Extremismusdebatte in der politischen Bildung sei eine gespenstisch anmutende Diskussion ohne Legitimation, sie konstruiere eine „Fata Morgana“. Konstruktionsvehikel seien „fundamentale Fehldeutungen“. Ursächlich hierfür sei die

unzureichende Differenzierung von empirischen und normativen Aussagen, die zu „Fehlkonzepten“ führe und sich äußere in der „Konfrontation zweier inkommensurabler Ebenen“ (ebd. S. 232 f.). Dem folgt dann die eigene Konstruktion eines denkwürdigen, bezeichnenden Sachverhalts: Das geheimdienstliche E-Konzept samt „Hufeisenmodell“ wird zu einer „Theorie des demokratischen Verfassungsstaats“ aufgebläht (die normative Ebene), gegen die Kritiker*innen mit Bezug auf das Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ den Extremismus der Mitte (empirische Ebene) in Stellung brächten. Diese Konstruktion hat eine höchst eigenwillige Logik, aber ein durchaus klares Ziel: das E-Konzept gegen Kritik zu immunisieren, ohne sich mit dieser Kritik auseinanderzusetzen. Wie bei den oben gezeigten Anwürfen gegen Bürgin werden auch hier haltlose Inhalte und Zusammenhänge suggeriert, Argumentationen verdreht und neu zusammengesetzt. Die Inkonsistenz dieser „Theorie“, bestehend aus Zirkelschlüssen – Grundgesetz/Verfassung = „Hufeisenmodell“ = Extremismus = „wehrhafte Demokratie“ – ist allerdings dem E-Konzept und seinen Autoren geschuldet, denen Scherb folgt (er nennt Uwe Backes). Die Wandlung der bundesrepublikanischen Demokratie in einen „normativen Verfassungsstaat“, der extremismuspräventiv zu schützen sei, ist eine aus dem E-Konzept heraus entwickelte Chimäre, verankert in der Ideologie der „wehrhaften Demokratie“, die allerdings erst dem Grundgesetz angedichtet werden muss, um sie dann daraus ableiten zu können.

Man mag „militant democracy“ (Karl Mannheim und Karl Löwenstein) als wehrhaft oder streitbar übersetzen, die beiden Begriffsschöpfer haben kein Konzept entwickelt. Die Staatsrechtstheorie, der diejenigen folgen, die dem Grundgesetz ein Wesen von Wehrhaftigkeit einschreiben möchten, ist diejenige Carl Schmitts, Kronjurist des Nazi-Regimes. Scherb weist die „Freund-Feind“-Dichotomie Schmitts als Ankerpunkt „wehrhafter Demokratie“ gegenüber Julika Bürgin zurück. Sie ist ein solcher Ankerpunkt, Kernpunkt der Wehrhaftigkeits-Ideologie ist aber ein anderer Satz Schmitts (2015): „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet“. Die „wehrhafte Demokratie“ misstraut dem *demos*, dem Staatsvolk, macht die Ausnahme zur Regel und schwingt sich selbst zur Übernorm auf. Aus der fdGO ist Derartiges nicht ableitbar. Das Grundgesetz stellt den Staat unter das Recht. Vielleicht ist es an der Zeit, die freiheitliche demokratische Grundordnung gegen ihre Freunde zu verteidigen.

Literatur

- Georgii, Harald (2011): Bekenntnisklausel im Zuwendungsbereich <https://www.thierse.de/dokumente/ordner-fuer-dokumente/gutachten-extremismusklausel.pdf> (22.5.23)
- Scherb, Armin (2022): Politische Bildung, Demokratie-Lernen und Extremismusprävention, in: Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 2/2022, S. 232-240
- Schmitt, Carl (2015/1922): Politische Theologie, Berlin